

Heißer Draht zur Sonne

Bei der Solar-WM in Madrid präsentierten künftige Architekten und Ingenieure ihre Vorstellungen vom nachhaltigen Bauen. Vier deutsche Studententeams zählten zu den Attraktionen. **Seite 3**



Aus für Paul-Dessau-Chor?

Der Paul-Dessau-Chor an jener Schule, an der der berühmte Komponist einst unentgeltlich Musik unterrichtete, droht zu verstummen. Die Verträge mit den Chorleitern wurden nicht verlängert. **Seite 14**



Wilhelm geht mit ND-Pokal

Biathletin Kati Wilhelm hat sich in ihrem Heimatort von Fans und Kollegen verabschiedet. ND war dabei und überreichte der Olympiasiegerin den Leserpreis für die Sportlerin des Jahres. **Seite 19**

Standpunkt

Ohne Buhmann

Von Olaf Standke

Eine Warschauer Zeitung brachte es gestern auf den Punkt: »Ihr habt jetzt alle Macht. Zeigt, was ihr anzubieten habt.« Ihr, das ist die liberal-konservative Bürgerplattform (PO), die neben dem Regierungschef mit Bronislaw Komorowski nun auch das Staatsoberhaupt stellt. In den zwei Jahrzehnten nach der polnischen Wende gab es bisher kaum eine solche Machtfülle für eine Partei. Die Frage ist nur, was sie daraus macht.

Ob Brüssel, Berlin oder Moskau, jenseits der Grenzen atmet man auf, hofft man doch nach dem zutiefst national-konservativen, euroskeptischen und russlandfeindlichen Vorgänger auf bessere Zusammenarbeit. Aber auch im Lande hat es Lech Kaczynski der von PO-Chef Donald Tusk geführten Regierungskoalition nicht leicht gemacht und 18 Mal Gesetze mit seinem Veto blockiert. Nur war er damit zugleich der beste Buhmann für eine Regierung, die sich bislang nicht mit Ruhm bekleckert hat. Die Staatsverschuldung wächst immer bedrohlicher, das Gesundheitssystem und das Rentensystem müssen dringend saniert werden. Wer aber verhindert, dass die wiederholt angekündigten »Reformen« zur sozialen Rosskur werden? Und wie ernst meint es der letztlich nur dank linker Stimmen gewählte Antikommunist Komorowski, wenn er verspricht, die Spaltung im Lande zu überwinden? Die Antworten darauf werden die 500 Tage bis zu den nächsten Parlamentswahlen in Polen prägen. Der Wahlkampf hat schon begonnen.

Unten links

Sicher, die Reichen werden immer reicher und die Dummen immer dümmer. Aber so eine Sicht ist extrem einseitig und miesmacherisch. Denn die Glücklichen werden auch immer glücklicher. Man muss sich nur überwinden – zum Glücklichen. Eine Fußball-WM wie diese ist dafür der beste Zeitpunkt. Einfach den Fernseher einschalten und Glücksgefühle ohne Ende tanken. Damit das nicht nur bei Erfolgen der eigenen Mannschaft funktioniert, fordern jetzt weltweit Milliarden Zuschauer, dass bis zum Ende der WM nach jedem Tor die aufspringende, klatschende, jubelnde Bundeskanzlerin eingespielt wird. Die Opposition im Bundestag knüpft indes kontroverse Erwartungen an ein solches Verfahren. Während die LINKE darin einen längst fälligen Beitrag zur Völkerverständigung sieht, hoffen die Grünen auf eine kürzere Laufzeit Angela Merkels infolge Bildabnutzung. Die SPD meint gar, die Zuschauer würden sich sehnsüchtig erinnern an die TV-Zeiten mit Knut – und Sigmar Gabriel. *ibo*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Bildungsoffensive für 23 Euro

Vollbremsung im nächsten Haushalt / Regierung geizt bei Kindern in Hartz-IV-Familien

Von Uwe Kalbe

Der Staat spart. In diesem Jahr soll nach milliardenschweren Konjunkturpaketen erstmals deutlich die Schuldenbremse angezogen werden. Leidtragende könnten – nicht nur, aber auch – erneut die Ärmsten sein, die Kinder von Hartz-IV-Familien.

Wenn die Bundesregierung am Mittwoch den Haushaltsentwurf für 2011 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 verabschiedet, kann sie von höheren Steuereinnahmen durch Konjunktur und geringeren Ausgaben ausgehen. Letztere allerdings sorgen schon jetzt für Unmut. Vor allem, wenn in den Planungen auf Kosten der Ärmsten gespart wird. Bekanntlich hatte das Bundesverfassungsgericht die intransparent und willkürlich eingeführten Regelungen für Hartz IV kritisiert und dabei insbesondere den Bedarf der Kinder hervorgehoben. Das kostet künftig mehr Geld, soviel ist klar.

Doch während bis 2014 die Neuverschuldung auf 24,1 Milliarden Euro gedrückt und damit – gemessen an der erwarteten Nettokreditaufnahme dieses Jahres von 65,2 Milliarden Euro – mehr als halbiert werden soll, hat die Bundesregierung beim verabredeten Zuwachs für bedürftige Kinder Hemmungen, einen großen Wurf zu landen.

23 Euro pro anspruchsberechtigtem Kind und Monat sollen nun etwa herauskommen, und wie die Summe die Kinder erreicht, darum wird noch gestritten. Bargeld an die Eltern ist offenbar bereits verworfen. Ob das Geld die Kinder als Gutscheine oder als Angebot zum Förderkurs erreicht – für den Paritätischen Wohlfahrtsverband reicht die genannte Summe auf keinen Fall aus, das geforderte »menschenswürdige Existenzminimum inklusive besserer Bildungs- und Teilhabechancen für bedürftige Kinder sicherzustellen«, wie Bundesarbeitsministerin Ursu-



Hoffen auf ein sanftes Stempelkissen

Foto: dpa

la von der Leyen (CDU) getreulich den Text der Verfassungsrichter zitierte. Buchstabe für Buchstabe, transparent und nachvollziehbar werde der Anspruch umgesetzt, versicherte von der Leyen.

Jährlich 480 Millionen Euro hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dafür eingeplant. Rein rechnerisch ergeben sich 23 Euro pro Monat für jedes betroffene Kind. Wenn jedoch die Summe ausdrücklich für Bildungszwecke gedacht ist, ist eine Erhöhung der Regelleistungen offenbar bereits vom Tisch. Eine solche hatte das Bundesverfassungsgericht auch nicht ausdrücklich gefordert, Sozi-

alverbände hatten diese jedoch als einzig angemessene Schlussfolgerung betrachtet. Der Wohlfahrtsverband nannte den Ansatz im Haushalt deshalb eine »neuerliche Attacke« gegen Hartz-IV-Empfänger. Schäuble habe offensichtlich gar nicht die Absicht, das Urteil sachgerecht umzusetzen, kritisierte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. »Lieber scheint er einen neuerlichen Verfassungsbruch in Kauf zu nehmen.«

Ministerin von der Leyen sprach unbeirrt von einem »großen Vertrauensvorschuss«. Immerhin habe die Regierung damit schon im Sommer über die 20,9 Milliarden

Euro für die Hartz-IV-Sätze hinaus Geld eingeplant. Erst im Herbst legt das Statistische Bundesamt die Daten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe vor. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sprach denn auch von einem rein formalen Herangehen; die Regierung versuche nicht, die Not von Kindern zu lindern. Linkspartei-Vorsitzende Gesine Lötzsch erklärte: »Die Bundesregierung bestraft die Unschuldigen und verschont die Schuldigen.« Sie kritisierte das Streichen des Elterngelds bei Hartz-IV-Beziehern. Die eingesparten 400 Millionen Euro machen Schäuble die Ausgabe leicht.

»Rot-Grün mini« auf die LINKE angewiesen

Heute soll Nordrhein-Westfalens Landesregierung stehen – ohne Mehrheit im Parlament

Von Marcus Meier

Heute werden SPD und Grüne wohl den erfolgreichen Abschluss ihrer Koalitionsverhandlungen verkünden. Mitte Juli könnte SPD-Chefin Hannelore Kraft Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen werden.

Als die Pressesprecher von SPD und Grünen gestern Mittag gemeinsam und kurzfristig zu einem »Pressegespräch mit Sylvia Löhrmann und Hannelore Kraft« einluden, und zwar unter dem Neugier erheischenden Betreff »Achtung: Terminhinweis für heute«, da dachte gewiss mancher, die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen sei vorzeitig unter Dach und Fach. Hatten beide Parteien nicht immer wieder betont, wie flott und fruchtbar die Verhandlungen über eine Minderheitsregierung voranschritten? Doch auf die Vollzugsmeldung muss die Republik noch bis zum Nachmittag des heutigen Dienstages warten.

Die Ticker vermeldeten gestern lediglich: »Keine radikale Schulre-

form unter Rot-Grün«. Die beiden Parteien wollen, so sagen sie, einen parteiübergreifenden Konsens in der Schulpolitik erzielen, bei einem Thema also, das seit Jahrzehnten immer wieder zu wilden Debatten vor allem zwischen SPD einerseits und CDU sowie FDP andererseits führt. Inhaltlich strebt Rot-Grün an, bis 2015 »möglichst« 30 Prozent aller weiterführenden Schulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Derzeit sind nach Angaben des Schulministeriums 221 der 2081 staatlichen weiterführenden Schulen in NRW Gesamtschulen, also gut zehn Prozent. Einer Verdreifachung ihrer Zahl werden weder CDU noch FDP zustimmen. Rot-Grün ist also auf die Stimmen der LINKEN angewiesen.

Das wird in den nächsten Jahren häufiger der Fall sein, wenn denn Rot-Grün nicht als Dame ohne parlamentarischen Unterleib dastehen will. SPD und Grünen fehlt im Landtag eine Stimme zur absoluten Mehrheit, was insbesondere bei der Verabschiedung eines Landeshaushaltes, und sei es nur ein

Nachtragshaushalt, zu Kompromissen und Kooperation zwingt. Christdemokraten und Liberale haben »Totalopposition« angekündigt, die LINKE will Rot-Grün immerhin dann unterstützen, wenn ein realer »Politikwechsel im Interesse der Bevölkerungsmehrheit« umgesetzt werden kann.

Allgemein erwartet wird, dass SPD und Grüne den erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen heute verkünden werden. Am Wochenende werden die jeweiligen Parteitage dann über die erzielten Ergebnisse abstimmen. Bei der Placet gilt als hochgradig wahrscheinlich. Die Vorsitzende der NRW-SPD, Hannelore Kraft, will sich am 13. oder 14. Juli zur Ministerpräsidentin wählen lassen. Ab dem zweiten Wahlgang reicht ihr eine einfache Mehrheit. Läuft alles nach Plan, wird Kraft mit den Stimmen des rot-grünen Lagers bei Enthaltung der LINKEN und den Gegenstimmen von CDU und FDP zur Regierungschefin erkoren.

Der Weg dorthin war lang und steinig. Er wurde von vielen Beob-

Reformdruck nach Sieg Komorowskis

Polen: Liberaler siegte bei Präsidentenwahl

Warschau (Agenturen/ND). Nach dem Sieg von Bronislaw Komorowski bei der Präsidentschaftswahl in Polen wächst der Druck auf die liberale Regierung in Warschau, umfassende Reformen anzupacken. Experten und Massenmedien betonten am Montag, dass es keine Ausrede mehr für stockende Reformen gebe, weil der Präsident nun aus dem Regierungslager stamme. Komorowski erklärte nach dem Wahlsieg am Sonntag, er wolle das gespaltene Land einen.

Der 58-jährige Liberale Komorowski gewann die Stichwahl um das Präsidentenamt mit gut fünf Prozentpunkten Vorsprung. Laut offiziellem Endergebnis stimmten 53 Prozent der Wähler für Komorowski und 47 Prozent für seinen nationalkonservativen Rivalen Jaroslaw Kaczynski.

Der frühere Regierungschef Jaroslaw Kaczynski räumte seine Niederlage ein und wertete das knappe Ergebnis zugleich als »großartige Probe« für die Parlamentswahl im kommenden Jahr. »Wir müssen Polen weiter verändern: Vor uns liegen Kommunal- und Parlamentswahlen«, sagte er vor Anhängern in Warschau. Diese müsse seine Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gewinnen.

Den ersten Wahlgang am 20. Juni hatte Komorowski mit fünf Prozentpunkten Vorsprung vor Kaczynski gewonnen.

Tagesthema Seite 2

Kurz

Baustoffe erlaubt

Tel Aviv (dpa). Anderthalb Jahre nach Ende des Gaza-Krieges lässt Israel erstmals Materialien für den Wiederaufbau in den Gaza-Streifen. Bedingung ist, dass die Baustoffe für Projekte verwendet werden, die unter der Aufsicht internationaler Hilfsorganisationen stehen und von der Autonomiebehörde in Ramallah genehmigt wurden.

Fabriken geschlossen

Dhaka (AFP). In Bangladesch haben am Montag mehrere Textilfabriken wegen der anhaltenden gewaltsamen Arbeiterproteste schließen müssen. So demonstrierten in Ashulia am Rande der Hauptstadt Dhaka rund 2000 Arbeiter gegen niedrige Löhne.

Gegen Preistreiber

Delhi (dpa). Indische Oppositionsparteien haben am Montag mit Massenprotesten gegen Preiserhöhungen bei Diesel und Benzin das öffentliche Leben im Land massiv behindert. Besonders betroffen waren nach Medienberichten die Finanzmetropole Mumbai und die Millionenstadt Kolkata. Geschäfte und Schulen blieben geschlossen.

Tanker gekapert

Nairobi (dpa). Piraten im Roten Meer haben den unter Flagge der Marshall-Inseln fahrenden Chemietanker »MT Motivator« mit 18 Mann Besatzung an Bord gekapert.